

Israel: Warten auf Godot

Winfried Veit

Januar 2002

- Die Krise in Israel äußert sich nicht nur im blutigen Konflikt mit den Palästinensern. Die Konfrontation von jüdischer Mehrheit und arabischer Minderheit im Inneren, der Verfall der politischen Kultur durch den Egoismus der religiösen, ethnischen und sozialen Interessengruppen und die durch die globale Entwicklung beschleunigten rezessiven Tendenz in der Wirtschaft mit den entsprechenden Folgen für das soziale Klima belasten die Situation.
- Die faktische physische, soziale und kulturelle Abkapselung zwischen jüdischer Mehrheit und arabischer Minderheit ist noch rigider geworden und verschärft die wechselseitigen Vorurteile. Sie stärkt den Einfluss autonomistischer und islamistischer Gruppen auf die arabische Minderheit. Nationalistische und religiöse Strömungen breiten sich nun auch unter den israelischen Palästinensern aus.
- Diskriminierung der arabischen Minderheit in fast allen Lebensbereichen, überdurchschnittlich hohe Arbeitslosigkeit, schlechtes Bildungssystem, kümmerliche Infrastruktur in den arabischen Städten und Gemeinden: Israel hat vielleicht schon definitiv die Chance verpasst, seine arabischen Bürger als Brücke zu den Palästinensern und in die arabischen Staaten zu nutzen, als Botschafter seines im Nahen Osten singulären demokratischen Wertesystems. Statt dessen droht das Überschwappen der in der Region vorherrschenden nicht-demokratischen und fundamentalistischen Tendenzen nach Israel hinein.
- Auch wenn durch die Abschaffung der Direktwahl des Ministerpräsidenten die großen Parteien wieder an Gewicht gewinnen werden, so haben sich durch die Rechtsorientierung der Religiösen die Koordinaten der politischen Landschaft doch wohl unwiderruflich verschoben – mit allen Konsequenzen für eine friedliche Konfliktlösung im Nahen Osten.
- Die Rechte genießt die Welle populärer Zustimmung im Bewusstsein, mit ihrer Einschätzung Arafats, er sei kein Partner für den Frieden, schon immer recht gehabt zu haben. Noch gravierender ist die Enttäuschung der Linken, des größten Teils des Friedenslagers. Nur noch Reste der früher mächtigen Friedenslobby halten daran fest, dass es keine Alternative zum Oslo-Prozess gibt. Außenminister Peres spielt die Rolle eines „Oslo-Agenten“ im Kabinett, muss dafür aber so manche dem Geist von Oslo diametral widersprechende Entscheidung der rechtslastigen Regierung mit tragen.
- 2001 schrumpfte die Wirtschaft erstmals seit 1953 um 0,5 Prozent; für 2002 werden bestenfalls ein bis zwei Prozent Zuwachs erwartet. Die Arbeitslosigkeit stieg auf fast 10 Prozent, die extreme Kluft zwischen arm und reich nahm zu: jeder sechste Israeli lebt heute unter der Armutsgrenze. Betroffen sind vor allem die kinderreichen Familien im religiösen und arabischen Bevölkerungsteil, was dem ethnisch-religiösen Konfliktpotential sozialen Sprengstoff hinzufügt.

Die Lage in Israel ähnelt immer mehr derjenigen im bekannten Bühnenstück von Samuel Becket, und Godot steht in diesem Trauerspiel für jemanden, der dem Land einen Ausweg aus einer der schlimmsten Krisen in seiner jungen Geschichte aufzeigen könnte. Doch dieser Jemand ist nicht in Sicht; statt dessen steuert Israel unter einer vermeintlich starken, in Wahrheit aber orientierungslosen Führung in eine ungewisse Zukunft.

Die Krise äußert sich nicht nur im blutigen Konflikt mit den Palästinensern, sondern praktisch auf allen Ebenen: in der verschärften Konfrontation von jüdischer Mehrheit und arabischer Minderheit im Inneren; in einem beispiellosen Verfall der politischen Kultur durch den hemmungslosen Egoismus der religiösen, ethnischen und sozialen Interessengruppen; und in einer durch die globale Entwicklung beschleunigten rezessiven Tendenz in der Wirtschaft mit den entsprechenden Folgen für das soziale Klima im Lande.

Der vor einem Jahr mit überwältigender Mehrheit (direkt) gewählte Ministerpräsident Ariel Sharon von der rechtskonservativen *Likud*-Partei erfreut sich auch nach einer Serie traumatischer Terroranschläge mit Hunderten von Toten noch immer großer Zustimmung in der Bevölkerung, obwohl sich sein wichtigstes Wahlversprechen – Sicherheit für alle Bürger – als Chimäre erwiesen hat. Seine *Regierung der nationalen Einheit* verfügt über die breiteste Mehrheit in der Geschichte des Landes, ist jedoch aufgrund ihrer äußerst heterogenen Zusammensetzung von äußerst rechts bis Mitte-links (acht Parteien) in permanente Streitereien verwickelt.

Vor allem am Konflikt mit den Palästinensern entzündeten sich die Auseinandersetzungen innerhalb der Regierung: Drohen die rechtsextremen Koalitionspartner immer wieder mit dem Ausscheiden wegen der zu „laschen“ Haltung gegenüber den Palästinensern, so versucht die sozialdemokratische *Arbeitspartei* – allen voran Außenminister Shimon Peres – mäßigend einzuwirken. Insbesondere in der Frage, ob Palästinenser-Führer Yassir Arafat noch ein „Partner für den Frieden“ sein kann, ist das Kabinett zu tiefst gespalten. Die Ereignisse des 11. September haben nach einem zwischenzeitlichen Tief die israelische Rechte in Hochstimmung versetzt, seit die amerikanische Regierung nach dem von den schlimmsten Terroranschlägen seit Jahren begleiteten Misserfolg ihres Emissärs General Zinni offensichtlich mehr Verständnis für die israelische Art der Terrorbekämpfung zeigt.

Trotz der angespannten äußeren Lage, auf die sich fast das gesamte Augenmerk richtet, lassen sich die inneren Probleme nicht endlos auf die lange Bank schieben. Dies gilt insbesondere für die explosive Situation im arabischen Sektor sowie die sich zuspitzende wirtschaftliche und soziale Krise mit wachsender Arbeitslosigkeit und Verarmung breiter Schichten. Hier könnte eine im Sicherheitsbereich fast chancenlose Alternative zur Regierungspolitik ansetzen, doch ist eine solche Alternative weit und breit nicht in Sicht. Die *Arbeitspartei* ist in der Frage der Regierungsbeteiligung gespalten und war überdies fast ein Jahr lang führungslos, die linksliberale *Meretz* hält zwar die Oppositions- und Friedensfahne hoch, kann aber angesichts der vorherrschenden Stimmung in der Bevölkerung nicht viel ausrichten.

Kein Ausweg aus der Krise?

Die seit September 2000 anhaltende zweite (*Al-Aksa-*) *Intifada* hat die politische Landschaft Israels gründlich durcheinander gewirbelt. Wer noch vor zwei Jahren nicht nur den Wahlsieg von Sharon, sondern auch seine anhaltende Popularität auch unter „linken“ Wählern prophezeit hätte, der wäre glatt für verrückt erklärt worden, hatte der Ex-General und seinerzeitige Verteidigungsminister doch die Nation 1982 in das unselige Libanon-Abenteuer geführt, aus dem erst Ministerpräsident Ehud Barak von der *Israelischen Arbeitspartei* (IAP) im Frühjahr 2000 auf ziemlich brachiale Art wieder herausfand. Zudem galt Sharon für die israelische Linke und das Friedenslager, die im letzten Jahrzehnt immer mit knapp der Hälfte der Bevölkerung rechnen durften, als Inbegriff des Verfechters eines „Groß-Israel“ vom Jordan bis zum Mittelmeer, der den Palästinensern Jordanien als Heimstätte „zuwies“ und damit für eine unversöhnliche Haltung im über hundert Jahre andauernden Konflikt zwischen beiden Völkern um das „Heilige Land“ stand. Diese Haltung untermauerte er in seinen diversen Amtszeiten als Minister in unterschiedlichen Funktionen, wenn er tatkräftig den Ausbau der jüdischen Siedlungen in der Westbank vorantrieb – darin freilich nur unwesentlich unterschieden von den Regierungen unter Führung der IAP.

Allerdings ist Sharon auch derjenige israelische Politiker, der als einziger die (gewaltsame) Räumung einer jüdischen Siedlung auf besetztem Gebiet vornahm – 1982 auf dem Sinai, nach dem Friedensabkommen mit Ägypten. Daran knüpften sich nicht unbeträchtliche Hoffnungen nach seinem überwältigenden Wahlsieg am 6. Febru-

ar 2001 (62,5% der Stimmen) nach dem Motto, nur ein „israelischer de Gaulle“ könne den Gordischen Knoten von Gewalt und Gegengewalt durchschlagen und zu jenem historischen Abkommen mit den Palästinensern gelangen, das Ehud Barak auf dem Gipfeltreffen von *Camp David* im Sommer 2000 versagt blieb. Doch bisher ist weder etwas von einem de Gaulle, noch gar von einem historischen Durchbruch zu erkennen.

Vielmehr laviert sich die israelische Politik seit dem Amtsantritt Sharons immer wieder haarscharf an den Untiefen der innenpolitischen Zänkereien vorbei, um dann an den Klippen der „Terrorismusbekämpfung“ zu scheitern und im Sumpf der palästinensischen *Intifada* stecken zu bleiben. Alle paar Monate verkündet der Regierungschef, jetzt das Rezept für die Ausmerzung des Terrorismus gefunden zu haben, und prompt straft ihn – manchmal schon am nächsten Tag – die blutige Realität Lügen. Wenn es einen politischen *master plan* Sharons zur Lösung des Nahostkonflikts gibt, dann blieb er bisher – möglicherweise auf seiner Ranch im Negev, wohin er sich regelmäßig zur Stärkung von Leib und Seele zurückzieht – im Verborgenen. Aus Kreisen „strategischer Experten“ ist zu hören, dass Sharon im tiefsten Inneren immer noch der Vorstellung von einem Palästinenserstaat in Jordanien anhängt, ergänzt vielleicht um ein paar föderative Elemente in von den Israelis kontrollierten Westbank-Gebieten. Was bisher an die Öffentlichkeit drang, ist wenig vielversprechend: ein palästinensischer Staat immerhin (für einen *Likud*-Politiker ein großes Zugeständnis, für das Sharon

auch kräftige Prügel aus dem eigenen Lager bezog), aber nur auf vielleicht der Hälfte der Westbank und mit strikter israelischer Kontrolle der Außengrenzen, dazu geteilt und zerschnitten von jüdischen Siedlungen und israelischen Sicherheitszonen. Ein solches „Konzept“ fiel weit hinter die vom damaligen amerikanischen Präsidenten Clinton unterstützten Vorschläge Baraks zu einer dauerhaften Lösung des Konflikts zurück, die seinerzeit von Arafat als ungenügend abgelehnt wurden und die von israelischer Seite unisono als das Maximum an Zugeständnissen bezeichnet werden, während die Palästinenser ebenso unisono sie – vorerst – als „perfiden Trick“ in die Abstellkammer der langen Leidensgeschichte zwischen beiden Völkern verfrachtet haben.

Doch mehr noch als andere Weltregionen ist der Nahe Osten immer gut für überraschende Kehrtwendungen, aber auch für verpasste Gelegenheiten; für beides gibt es in der 53-jährigen Geschichte des Staates Israel genügend Beispiele. Dazu gehören aus israelischer Sicht zum Beispiel der Besuch des ägyptischen Staatspräsidenten Sadat im Jahre 1977 und der darauf folgende Friedensvertrag mit Ägypten sowie der gescheiterte *Camp David*-Gipfel im Sommer 2000, als man sich kurz vor dem Ziel einer endgültigen Beendigung des Konfliktes mit den Palästinensern wähnte. Solche Ereignisse lassen sich selbstverständlich nicht prognostizieren.

Aber man kann kurz- und mittelfristig mehrere Determinanten identifizieren, die für die weitere Entwicklung von Bedeutung sind. Hierzu gehören die politische Großwetterlage nach dem 11. September, die innenpolitischen und persönlichen Konstellationen und der Fortgang der inneren Krisen.

Nach dem 11. September ist vor dem 11. September

Die Terroranschläge von New York und Washington und der nachfolgende „Krieg gegen den Terror“ haben sich auf Israel bisher unterschiedlich ausgewirkt. Glaubte man zunächst mit einem größeren Verständnis der USA für die von permanenten Attacken geprägte Lage des Landes rechnen zu dürfen, so sah man sich bitter enttäuscht: das realpolitische amerikanische Szenario sah zunächst die Bildung einer umfassenden „Koalition gegen den Terror“ vor, der insbesondere auch arabische/islamische Staaten angehören sollten und in der demzufolge kein Platz für Israel war. Eine Kehrtwendung erfolgte erst nach dem (vorläufig) raschen Erfolg der Amerikaner in Afghanistan, der zweierlei gezeigt hat: dass man vor allem die arabischen „Koalitionäre“ nicht braucht, und dass die „arabische Straße“ merkwürdig still geworden ist. In diese Konstellation hinein platzten innerhalb kürzester Zeit die blutigsten palästinensischen Terroranschläge seit langem, die Dutzende von Toten unter der Zivilbevölkerung, vor allem auch junge Leute, forderten – und dies zu einem Zeitpunkt, da sich die Bush-Regierung wieder einmal zu einem Vermittlungsversuch in Gestalt des Ex-Generals Anthony Zinni aufgegriffen hatte, der Mitte Dezember die Region frustriert verließ.

In der Zwischenzeit forderte die Bush-Administration in ungewöhnlich scharfer Form Palästinenser-Präsident Arafat auf, alles in seiner Macht Stehende zu tun, um den Terror zu stoppen, und zeigte zugleich Verständnis für israelische „Gegenmaßnahmen“. Wurde noch im Frühjahr 2001 der erstmalige Einsatz von F-16 Kampfbombern gegen palästinensische Einrich-

tungen scharf kritisiert, so scheint sich die westliche Welt an den Anblick Raketen abfeuernder Hubschrauber und Flugzeuge gewöhnt zu haben – zumindest interpretiert das die israelische Rechte so, und versucht – mit tatkräftiger Unterstützung der Armee – die günstige Konstellation zu nutzen und Fakten zu schaffen.

Diese Fakten sehen so aus: die Regierung Sharon erklärt – gegen den Widerstand der IAP-Minister – die *Palästinensische Autonomiebehörde* (PA) zu einer „Terrororganisationen beherbergenden Institution“ und ihren Vorsitzenden Arafat zu einer für die israelischen Sicherheitsbedürfnisse „irrelevanten Person“. Die Bekämpfung des Terrors wird in die eigenen Hände genommen, da die PA – nachgewiesenermaßen – versagt hat beziehungsweise ihren Verpflichtungen aus dem Oslo-Abkommen nicht nachgekommen ist. Wenn dabei, neben dem Kampf gegen die Terrororganisationen *Hamas* und *Islamischer Heiliger Krieg*, auch die Fundamente der PA gleich mit zerstört werden, um so besser: denn alles was nach Arafat kommt, kann nur besser sein. Dieser gefährlichen Interpretation widersetzen sich die Reste des Friedenslagers, allen voran Außenminister Peres, der nicht müde wird, darauf hinzuweisen, dass anstelle der angeblich „pragmatischen“ jüngeren Sicherheitschefs der PA möglicherweise ein von der *Hamas* dirigierter „Gottesstaat“ vor der israelischen Haustür entstehen oder völlige Anarchie in den palästinensischen Autonomiegebieten ausbrechen könnte – mit verheerenden Folgen für die Stabilität der gesamten Nahostregion.

Stabilität ist aber das Schlüsselwort für das weitere Vorgehen der Amerikaner im Kampf gegen den Terror. Falls das nächste Ziel im Nahen Osten, vor allem im Irak, liegen soll-

te, dann wird Ruhe erste Bürgerpflicht in der Region sein. Dies bezieht sich natürlich vor allem auf den Konflikt zwischen Israelis und Palästinensern, denn nichts könnten die USA weniger gebrauchen, als eine durch die gewaltsame Eskalation dieses Konflikts hervorgerufene Gefährdung der pro-amerikanischen Regime in Ägypten, Saudi-Arabien und Jordanien.

In dieser Hinsicht gibt es zwei Szenarios: **Die Israelis schaffen es mit Brachialgewalt bis dahin, Ruhe in den Palästinensergebieten zu schaffen und/oder sich mit einem möglichen Nachfolgeregime zu einigen oder die USA üben – diesmal aus purem Eigeninteresse – einen solch massiven Druck auf die beiden Konfliktparteien aus, dass diese wieder an den Verhandlungstisch zurückkehren.**

Im nahöstlichen Labyrinth ist aber durchaus auch eine Kombination aus beidem oder eine – noch nicht bekannte oder erahnte – dritte Variante möglich.

Kurzfristig könnte es zum Beispiel zum „großen Knall“ kommen, wenn die Amerikaner den Irak angreifen, dieser nicht-konventionelle Waffen auf Israel abfeuert und die Israelis daraufhin massiv zurück schlagen; dann wäre eine umfassende kriegerische Auseinandersetzung in der Region nicht auszuschließen. Mittelfristig könnte Sharon wenn schon nicht als „israelischer de Gaulle“, so doch vielleicht als „israelischer Reagan“ in die Geschichte eingehen: ähnlich wie der frühere amerikanische Präsident die Sowjetunion zu Tode rüstete, spekulieren nicht wenige im rechten Lager darauf, dass die massiven Vergeltungsschläge und die harte Abspernungspolitik mit all ihren wirtschaftlichen, sozialen und menschlichen Folgen den palästinensischen Widerstand auf Dauer brechen werden.

In jedem Fall hoffen die Israelis, dass die tragischen Ereignisse des 11. September zu einem dauerhaft größeren Verständnis für ihre von ständigen Terrorattacken und zukünftig vielleicht auch von Angriffen mit nicht-konventionellen Waffen geprägte prekäre Lage führen werden – nicht zuletzt deshalb, weil nicht auszuschließen ist, dass sich ähnliche Attacken wiederholen könnten und weil jeder demokratische Staat davon betroffen sein könnte.

Trennung statt Frieden?

Die Ernüchterung des Friedenslagers

Terror ist das Schlüsselwort für die Veränderung der politischen Landschaft in Israel. Die Rechte schwimmt (noch) auf der Welle populärer Zustimmung in dem Bewusstsein, mit ihrer Einschätzung Arafats schon immer recht gehabt zu haben: er ist kein Partner für den Frieden, die Palästinenser werden sich auf unabsehbare Zeit nicht mit der Existenz des Staates Israel abfinden. Ironischerweise fühlen sie sich darin von der Linken bestätigt, die in Gestalt des seinerzeitigen Ministerpräsidenten Barak auf dem Gipfel von *Camp David* geradezu fahrlässige Zugeständnisse an die Palästinenser gemacht habe, nur um von diesen mit Gewalt und Terror „belohnt“ zu werden.

Schlimmer als diese **Selbstbestätigung der Rechten** ist die **Enttäuschung der Linken**, des größten Teils des Friedenslagers. Auch für sie ist *Camp David* der Schlüssel für eine Neubewertung der Beziehungen zu den Palästinensern. Wie im richtigen Leben gilt auch hier, dass enttäuschte Liebe manchmal schlimmer ist als gar keine Liebe. **Nur noch Reste der früher mächtigen Friedenslobby halten daran fest, dass es keine Alternative zum Oslo-Prozess gibt.** Dazu gehören die kaum noch in Erschei-

nung tretenden Friedensorganisationen wie *Peace Now* und der größte Teil von *Meretz* (mit zehn Abgeordneten die offizielle Opposition in der Knesset); in der *Arbeitspartei* hält nur noch der frühere Minister und friedenspolitische Vordenker Yossi Beilin, unterstützt von einigen Abgeordneten, bedingungslos die Oslo-Fahne hoch. Außenminister Peres spielt die Rolle eines „Oslo-Agenten“ im Kabinett, muss dafür aber so manche dem Geist von Oslo diametral widersprechende Entscheidung der rechtslastigen Regierung mit tragen.

Wider die Alternativ- und Hoffnungslosigkeit des Friedenslagers hat im Oktober vergangenen Jahres ein Mann einen Plan vorgelegt, der die Linke aus der Sackgasse heraus führen soll. Haim Ramon, ewiger Hoffnungsträger der IAP, langjähriger Minister in unterschiedlichen Funktionen und früherer Vorsitzender der Gewerkschaft *Histadrut*, geht dabei von der Prämisse aus, dass beide Seiten noch nicht reif für eine endgültige Friedensregelung sind. Daraus zieht er den Schluss, dass nur eine „einseitige Trennung“ von den Palästinensern mit darauf folgenden Interimsabkommen einen Ausweg aus der verfahrenen Lage bieten kann.

Der Plan sieht im wesentlichen vor:

- einseitiger Rückzug Israels aus dem Gaza-Streifen und aus 90 Prozent der Westbank; Anerkennung eines palästinensischen Staates auf diesem Territorium;
- Schaffung einer provisorischen, durch einen Zaun gesicherten Grenze;
- Kontrolle der Grenzübergänge des zukünftigen Palästina zu Ägypten und Jordanien durch Israel unter Beteiligung internationaler Kräfte;
- zerstreute und kleinere jüdische Siedlungen werden aufgelöst.

In einem Politikberatungspapier, das von einem gesellschaftspolitischen think tank unter Leitung von Yossi Beilin herausgegeben wurde, werden auch die wesentlichen Schwachpunkte des Plans benannt:

- ein einseitiger Rückzug würde das auf der UNO-Resolution 242 und der Formel „Land für Frieden“ beruhende Friedenskonzept für den Nahen Osten scheitern lassen;
- die Räumung Dutzender von jüdischen Siedlungen erscheint in der gegenwärtigen politischen Konstellation aussichtslos; die israelische Öffentlichkeit würde dem nur zustimmen, wenn es zu einem Friedensabkommen und der formellen Beendigung des Konflikts kommt;
- die unter israelischer Kontrolle verbleibenden 10 Prozent der Westbank wären eine Quelle ständiger Unruhe und würden eine Friedensregelung erschweren;
- die Errichtung eines Sicherheitszaunes entlang der Grenze wäre technisch sehr schwierig; die Überwachung würde Israels Kapazitäten überfordern und somit auch weiterhin Terroranschläge nicht verhindern können;
- die Trennung würde die wirtschaftliche Lage in den palästinensischen Gebieten weiter verschlechtern und damit eine Zunahme fundamentalistischer Strömungen bewirken.

Trotz dieser Kritik aus dem eigenen Lager gewinnt die Idee der „einseitigen Trennung“ immer mehr Anhänger unter der Linken. Zu den prominentesten Befürwortern gehören der ehemalige Ministerpräsident (und Parteivorsitzende) Barak, die Industrieministerin Dalia Itzik und der frühere Außenminister Shlomo Ben-Ami. Letzterer, bis zuletzt eine der eifrigsten „Tauben“ auf israelischer Seite, erweitert den Plan noch um eine internationale Komponente: eine internationale Truppe soll die Pufferzone um die provisorische Grenze sicher halten und zur Wiederaufnahme von Verhandlungen beitragen. Einige seiner intellektuellen Berater gehen noch weiter: erstmals in der israelischen Geschichte soll die *Europäische Union* nicht nur eine tragende Rolle dabei spielen, sondern letztendlich der Garant für eine definitive Friedensregelung sein, nämlich durch die **Aufnahme Israels als Vollmitglied in die EU**. Dies ist als durchaus revolutionärer Vorschlag anzusehen, denn über alle Parteigrenzen hinweg werden in Israel die Europäer – mit Ausnahme der Deutschen – als einseitig pro-palästinensisch eingestuft. Das unermüdliche Wirken von Bundesaußenminister Joschka Fischer, der mittlerweile in Israel höchstes Ansehen genießt, trägt in diesem – vorerst noch von einer Minderheit unterstützten – Vorschlag seine Früchte.

Das Elend der politischen Klasse

Ob der jüdische Staat nach dem 11. September ein größeres Verständnis für seine Lage und seine Probleme erwarten kann (gerade auch von den Europäern), hängt nicht zuletzt von der weiteren politischen Entwicklung und vom Geschick (und auch Glück) seiner politischen Führung ab. Die „Abnutzungspolitik“ – sei sie nun

Teil einer umfassenden Strategie oder nur Nebenprodukt des alltäglichen Kampfes gegen den Terrorismus – kann schon an einem „Missgeschick“ im Waffeneinsatz scheitern: dann nämlich, wenn – wie 1996 im Libanon geschehen – bei einer einzigen Militäraktion über 100 Zivilisten durch israelische Granaten zu Tode kom-

men. Dann würde nicht nur der palästinensische Widerstand wieder gewaltig aufflammen – auch das Verständnis der Weltöffentlichkeit, in israelischen Augen ohnehin kaum vorhanden, würde umgehend „umkippen“ (überhaupt gehört es zu den betrübnlichsten Beobachtungen der vergangenen knapp eineinhalb Jahre, dass die Weltöffentlichkeit Sympathie und Verständnis für die jeweils eine oder andere Seite je nach Ausmaß der Blutopfer auf der jeweiligen Seite verteilt – und dies in ständig wechselnder Folge).

In Israel ist nicht von ungefähr seit geraumer Zeit eine gewisse Nostalgiewelle für bedeutende historische Führer, vor allem den Staatsgründer David Ben-Gurion, zu verzeichnen. In Medienberichten und Symposien erinnert man sich wehmütig eines Mannes, der das Land durch die schwierigsten Krisen seiner Gründungsphase und der Aufbauzeit geführt hat – immer die richtigen, auch unpopulären Entscheidungen treffend, das Volk hinter sich geeint. Vieles davon ist reine Nostalgie und unterschlägt auch die Schwächen des Politikers Ben-Gurion (oder auch des ermordeten Ministerpräsidenten Rabin) und des damaligen politischen Systems. Doch entscheidend ist, dass im Lichte der Gegenwart alles Vergangene als besser erscheint. Dies ist gewiss keine israelische Spezialität, doch trifft sie die derzeitige Lage in besonderer Weise:

- selten wohl war das Ansehen der Politiker unter der Bevölkerung so schlecht wie heute;
- noch nie war die politische Landschaft so zerklüftet: im israelischen Parlament, der Knesset, sind 18 Parteien vertreten, in der Regierung nicht weniger als acht;
- der darin zum Ausdruck kommende Gruppenegoismus brach sich bei den jüngsten Haus-

haltsberatungen hemmungslos Bahn: trotz der Sicherheitslage und der schlechten Wirtschaftsentwicklung mit verminderten Steuereinnahmen und höherem Defizit, verpufften alle Appelle an das nationale Interesse;

- fast täglich ist in den Zeitungen von Korruptionsaffären zu lesen, in die Politiker oder andere wichtige Entscheidungsträger verwickelt sind; der frühere Vorsitzende der drittgrößten Partei, der ultrareligiösen *Shas*, sitzt im Gefängnis, gegen den Verleger der zweitgrößten Tageszeitung, *Ma'ariv*, wurde erst kürzlich im Rahmen eines Vergleichs die Anklage wegen Auftragsmordes fallen gelassen;
- in internationalen Listen zu Geldwäsche und Menschenhandel (Prostitution) nimmt Israel eine Spitzenposition ein und drohen die USA mit Sanktionen;
- trotz der seit Jahren anhaltenden Wasserknappheit und mehrerer regenarmer Winter hat es der Staat erst vor kurzem geschafft, eine Ausschreibung für eine Wasserentsalzungsanlage vorzunehmen, obwohl jedermann weiß, welche gravierenden Folgen diese Entwicklung auch für die politische Lage in der gesamten Region haben kann;
- ähnliches gilt für die öffentliche Verkehrsinfrastruktur: angesichts des fast täglich kollabierenden Straßenverkehrs rund um die Ballungszentren Tel Aviv und Jerusalem hat man viel zu spät und viel zu zögerlich begonnen, das Schienennetz auszubauen;
- in den sogenannten Entwicklungsstädten und den Armenvierteln der Großstädte mussten „Suppenküchen“ eingerichtet werden, um die wachsende Zahl der Armen – vor allem kinderreiche Familien – zu ernähren;

– etwa 100.000 „Gastarbeiter“ aus Osteuropa, Asien und Afrika leben – neben ebenso vielen legal Beschäftigten – illegal im Land, ständig von Ausbeutung und Ausweisung bedroht.

Diese Mängelliste, die sich durchaus noch erweitern ließe, veranlasste einen führenden Kommentator zu dem Verdikt, Israel befinde sich auf dem besten Weg „in Richtung Dritte Welt“, und ein prominenter Politiker sprach von einem „beispiellosen Verfall der politischen Kultur“ mit möglicherweise gravierenden Folgen für die Stabilität des demokratischen Systems. Nimmt man hinzu, dass manche Kritiker mit zunehmender Dauer und Intensität des blutigen Konfliktes mit den Palästinensern eine wachsende Einflussnahme der Armee auf politische Entscheidungen ausmachen wollen, so tut sich das apokalyptische Bild einer Nation auf, die angesichts der drohenden inneren Zerfleischung und einer zukünftig vielleicht existentiellen äußeren Bedrohung sich hinter einem „starkem Mann“ schart und im Zweifelsfall eher für Sicherheit und Überleben als für Demokratie und Frieden optiert.

Doch soweit ist es noch lange nicht, und Israel hat in seiner nicht gerade krisenarmen kurzen Geschichte immer wieder bewiesen, dass es durchaus keine „Schönwetter-Demokratie“ ist. **Doch was die gegenwärtige Lage so bedrohlich erscheinen lässt, ist die Tatsache, dass trotz der schweren äußeren Krise die eigentliche Gefahr in den inneren Zerwürfnissen und im Verfall der Staatsautorität liegt. Hohe israelische Militärs und Geheimdienstbeamte erklären offen, dass auf absehbare Zeit keine existentielle Bedrohung des Landes von außen besteht** und dass die israelischen Streitkräfte auch einen kombinierten Angriff mehrerer Nachbarstaaten zurückschlagen könnten (die mittel- bis langfristige Bedrohung durch atoma-

re, biologische und chemische Waffen, insbesondere von Seiten des Irak und des Iran, sei hier einmal ausgeklammert; außerdem gibt es da ja noch die – offiziell noch immer nicht eingestandene – nukleare Abschreckungskapazität Israels). Nur mühsam verdeckt noch der äußere Konflikt, dokumentiert in den hohen Zustimmungsraten der Bevölkerung zur *Regierung der nationalen Einheit*, den schon längst bröckelnden nationalen Konsens. Das kann man sich in Europa kaum vorstellen: ein Land, das in einen Quasi-Krieg mit einem seiner Nachbarn verwickelt ist, potentiell bedroht von anderen Nachbarstaaten und ständige Terrorattacken erleidend, leistet sich den Luxus einer seit dem Amtsantritt Sharons im März 2001 fast ununterbrochen rollenden Welle von Streiks (u.a. Lehrer, Flughafenangestellte, Hochschuldozenten), Demonstrationen (u.a. Behinderte, Beschäftigte der von Schließung bedrohten Betriebe, Bewohner des Negev), und Boykotts (arabische Minderheit, Kommunalverwaltungen, Studenten).

Diese Konflikte werden fast alle dilatorisch behandelt: man verhandelt, man vertröstet, und wenn es nicht anders geht, wird ein Loch gestopft, um an anderer Stelle wieder ein neues aufzureißen, bis der Zyklus wieder von neuem beginnt. Auf der Strecke bleiben die Schwächsten, die keine organisierte Lobby hinter sich wissen. Der Unmut über Egoismus und Entscheidungsschwäche der politischen Klasse nimmt zu, viele politische Aktivisten – meistens die besten – kehren der Politik den Rücken. Man kann die fast täglichen Spekulationen in den Medien über Ränkespiele und Intrigen um Macht und Einfluss kaum noch ertragen. Ob Sharon seinen Vor-Vorgänger Benjamin Netanjahu, der im *Likud* populärer ist als der Regierungschef, als möglichen Konkurrenten eher verhindern kann, wenn er unter allen Um-

ständen die IAP in der Regierung hält oder ob es doch nicht besser wäre, mit einer klaren Rechtsregierung einen strammen Kurs zu fahren; oder wer unter dem guten halben Dutzend potentieller Kandidaten der *Arbeitspartei* bei den nächsten Wahlen im Herbst 2003 die „besten Chancen hat, gegen Netanjahu zu verlieren“, wie es ein Kommentator sarkastisch ausdrückte – das alles stößt immer mehr Bürger ab, lässt vor allem die aktiven mittleren Führungskräfte in allen gesellschaftlichen und beruflichen Bereichen nahezu verzweifeln.

Doch Israel wäre nicht Israel wenn es nicht auch einen silbernen Streifen am dunklen Horizont gäbe. Dieser Silberstreif heißt „Zivilgesellschaft“, und wenn dies in manchen Ländern nur ein Modewort ist, so ist es in Israel gelebte Realität. Etwa 30.000 nationale und fast 3.000 internationale Nicht-Regierungsorganisationen (NRO) tummeln sich in dem Land von der Größe (21.000 qkm) und Einwohnerzahl (6,5 Mio.) Hessens. Damit zählt Israel sicherlich zur Weltspitze, was die gesellschaftliche Dynamik angeht – und dies nicht erst seit heute. Ohne die finanziellen Zuwendungen, vor allem aus der jüdischen Diaspora, und die Initiative vieler engagierter Bürger wäre es kaum denkbar gewesen, dass ein Land mit so hohen Militär- und Sicherheitsausgaben, dazu im letzten Jahrzehnt belastet mit der Integration einer Million Einwanderer aus der früheren Sowjetunion (das entspricht 20 Prozent der Bevölkerung), eine solche Blüte von gesellschaftlichem und kulturellem Leben entfalten konnte.

Aus dieser gesellschaftlichen Dynamik könnte die Rettung erwachsen: **über die finanziellen, karitativen und kulturellen Dimensionen hinaus haben sich gesellschaftliche Initiativen auch im hochpolitischen Raum entfaltet, die**

angesichts der heillosen Stagnation im Inneren wie nach außen Wege in Richtung einer friedlichen, demokratischen und stabilen Gesellschaft aufzeigen:

- im Konflikt mit den Palästinensern arbeiten zahlreiche Gruppen und Institutionen, immer wieder angetrieben vom friedenspolitischen Vordenker und ehemaligen Minister Yossi Beilin (IAP), nicht nur an theoretischen Lösungsmodellen, sondern sind auch in der praktischen Konfliktprävention aktiv;
- eine arabisch-jüdische Initiative unter Einbeziehung von Knessetabgeordneten verschiedener Parteien ist dabei, Vorschläge für einen „jüdisch-arabischen Bürgervertrag“ auszuarbeiten;
- ein ähnlicher „Vertrag“ für die Regelung der Beziehungen zwischen Säkularen und Religiösen wird unter Anleitung führender Akademiker und religiöser Gelehrter diskutiert;
- eine Gruppe prominenter Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens hat eine Kampagne zur Einführung einer Verfassung begonnen;
- in einem Forum haben sich Bürgermeister und Regionalpolitiker über die Parteigrenzen hinweg organisiert, weil sie von der Zentralregierung nicht mehr viel erwarten.

All diese Ansätze und Initiativen werden in den Worten eines Kommentators „genährt von der Frustration über ein Regierungssystem, das nicht funktioniert, von politischen Strukturen, die ihre Bedeutung verloren haben und vom Verlust an Hoffnung was das Leben in Israel angeht.“ **Neben dem Konflikt mit den Palästinensern stehen dabei vor allem auf der Tagesordnung das konfliktthafte Verhältnis zwischen jüdischer Mehrheit und arabischer Minderheit;**

die spannungsreichen Beziehungen zwischen Religiösen und Säkularen und die unvermin-

dert wachsende Kluft zwischen Arm und Reich.

Die Schrift an der Wand

Keiner der führenden Politiker Israels, die in den letzten Jahren Verantwortung trugen, wird behaupten können, er/sie habe nicht gewusst, was sich da an explosiven Strömungen anhäufte, die irgendwann eine solch zerstörerische Kraft entfalten könnten, dass sie die Fundamente des Staates selbst bedrohen. Die Schrift an der Wand war deutlich zu lesen: in den alljährlichen Statistiken, Berichten und Petitionen über die Lage des sogenannten „arabischen Sektors“; in den Budgetanalysen und Untersuchungen renommierter Institute zum wachsenden Einfluss der Religiösen auf Staatsbudget, Bildungswesen und andere Bereiche; im jährlichen Armutsbericht des staatlichen *National Insurance Institute*, einer Mischung aus Arbeits- und Wohlfahrtsbehörde. Eine Anfang 2001 veröffentlichte Szenario-Analyse der Friedrich-Ebert-Stiftung, in der die langfristig gefährlichen Konsequenzen dieser Trends in vier Szenarien gebündelt werden, ist Gegenstand einer breiten Diskussion in Politik und Gesellschaft des Landes geworden.

Geholfen hat es bisher nichts – und bestätigt damit nur das Elend der politischen Klasse, die sich wie gewohnt hinter den Zwängen der „Sicherheit“ verschanzt, darin bestärkt durch die Ereignisse des 11. September. Dabei sind die Menschen offensichtlich problembewusster als ihre politischen Führer, denn nach jüngsten Meinungsumfragen sehen 60 Prozent der Israelis zwar ihr Land durch den Konflikt mit den Palästinensern bedroht, 70 Prozent aber sehen eine Gefahr durch die wirtschaftlichen Probleme, 71 Prozent im

Verhältnis zur arabischen Minderheit und 61 Prozent in den religiös-säkularen Spannungen.

Seit Oktober 2000, als im Gefolge gewaltsamer Demonstrationen aus Solidarität mit der *Al-Aqsa-Intifada* 13 Angehörige der arabischen Minderheit von der Polizei erschossen und Dutzende verwundet wurden, hat sich das Verhältnis zwischen Mehrheitsvolk und Minderheit dramatisch verschlechtert. Die Lage im „arabischen Sektor“ – immerhin 20 Prozent der Bevölkerung – ist trostlos: Geschäfte stehen leer und Restaurants sind geschlossen, weil die jüdischen Kunden ausbleiben – zum Teil aus Angst, zum Teil aber auch bewusst, um die Aufhänger zu bestrafen, die seinerzeit jüdische Autofahrer bedrohten und jüdische Siedlungen von der Außenwelt abschnitten. **Die faktische physische, soziale und kulturelle Abkapselung beider Volksgruppen voneinander ist noch rigider geworden und verschärft die wechselseitigen Vorurteile. Sie führt auch dazu, eine seit längerem zu beobachtende Tendenz zu stärken: den Einfluss autonomistischer und islamistischer Gruppen auf die arabische Minderheit.** War früher in allen Forderungen und Verlautbarungen von arabischer Seite von Gleichberechtigung und Integration in die israelische Gesellschaft die Rede, so taucht in jüngster Zeit immer häufiger der Begriff „Autonomie“ auf, zum Teil verbunden mit der alten Debatte über „jüdischen Staat“ versus „Staat aller Bürger“. **Zu denken gibt, dass nationalistische und religiöse Strömungen nun auch unter den is-**

raelischen Palästinensern sich ausbreiten und ihre politischen Interessenvertreter (auch in der Knesset) einen immer schärferen Ton anschlagen, was im November 2001 erstmals in der israelischen Geschichte zur Aufhebung der Immunität eines Abgeordneten wegen seiner in der Öffentlichkeit gemachten Äußerungen geführt hat. Der Vertreter der Ein-Mann-Fraktion *Balad*, Azmi Bishara, hatte während eines Besuchs in Syrien die arabischen Staaten aufgefordert, „den Kampf des palästinensischen Volkes gegen die israelische Besatzung stärker zu unterstützen“ und dabei die libanesische *Hizbollah* als „heroisches Beispiel für islamischen Widerstand“ gerühmt. Der israelische Generalstaatsanwalt sah darin eine Unterstützung terroristischer Organisationen und bereitete eine entsprechende Anklageerhebung vor.

Solche und ähnliche Vorkommnisse heizen die Stimmung auf beiden Seiten ein, und die Tatsache, dass immer häufiger israelische Staatsbürger arabischer Herkunft in Terroraktivitäten verwickelt sind und im letzten Jahr erstmals ein israelischer Araber selbst einen Selbstmordanschlag verübte, ist Wasser auf die Mühlen derjenigen, die in der arabischen Minderheit schon immer eine *Fünfte Kolonne* gesehen haben. Diese Entwicklungen haben sich seit Ausbruch der zweiten *Intifada* verschärft, doch ihre Wurzeln liegen viel weiter zurück. Und die Ursachen dafür sind eben jene, die in den unterschiedlichen Berichten, Statistiken und Petitionen immer und immer wieder auf den Tisch gelegt werden, ohne dass sich bisher etwas geändert hätte: **Diskriminierung in fast allen Lebensbereichen, überdurchschnittlich hohe Arbeitslosigkeit, schlechtes Bildungssystem, kümmerliche Infrastruktur in den arabischen Städten und Gemeinden. Israel hat – nach Meinung von Kennern vielleicht endgültig – die Chance**

verpasst, seine arabischen Mitbürger als Brücke zu den Palästinensern und in die arabischen Nachbarstaaten zu nutzen, als Botschafter seines demokratischen Wertesystems, das im Nahen Osten bisher weitgehend allein auf weiter Flur existiert; statt dessen droht das Gegenteil, das Überschwappen der in der Region vorherrschenden nicht-demokratischen und fundamentalistischen Tendenzen nach Israel hinein.

Doch solche Tendenzen sind in Israel nichts Neues; sie existieren auch auf jüdischer Seite, in Gestalt der ultra-orthodoxen Gruppen und Strömungen, die in ihrer Extremform die zionistische Staatsidee ablehnen und ein theokratisches Herrschaftsmodell bis zur Ankunft des Messias anstreben. Bis dahin aber profitieren sie munter von den Segnungen des überwiegend von säkularen Steuerzahlern finanzierten Wohlfahrtsstaates und das sogar überproportional, weil das Wahlsystem und die demographische Entwicklung sie zum Zünglein an der Waage bei fast jeder Regierungsbildung werden ließen.

Die von säkularen Israelis heftig kritisierten Begleiterscheinungen dieser Entwicklung sind hinreichend bekannt: **zunehmender Einfluss der Religiösen auf Gesetzgebung und Gestaltung des Alltagslebens; hohe Sozialausgaben für die kinderreichen Familien und die überwiegend nicht berufstätigen Väter; wachsende Zahl von jungen Männern, die aus religiösen Gründen vom Wehrdienst freigestellt werden.** Doch für die Zukunft des Staates sind vor allem zwei Tendenzen von Bedeutung: **die zunehmende Rechtsentwicklung der Ultra-Orthodoxen und der wachsende Einfluss ihres Bildungssystems.**

Seit Ausbruch der zweiten *Intifada* hat sich die seit Jahren erkennbare Entwicklung der religiö-

sen Parteien hin zu rechtsnationalistischen Positionen beschleunigt; insbesondere die *Shas*-Partei, Interessenvertretung der orientalischen Juden, deren Führung früher noch mit Ausgleich und Frieden liebäugelte, hat sich zur strammen Falken-Partei gemauert und unterscheidet sich im derzeitigen Kabinett kaum noch vom *Likud* (dies gilt für den Konflikt mit den Palästinensern; in sozialen Fragen vertritt *Shas* nach wie vor quasi „sozialdemokratische“ Positionen).

Konnte noch vor einigen Jahren die *Arbeitspartei* sich die Unterstützung der Religiösen für ihre Friedenspolitik durch Zugeständnisse im religiösen und sozialen Bereich erkaufen, so dürfte diese Zeit vorbei sein. **Auch wenn durch die Abschaffung der Direktwahl des Ministerpräsidenten (eine der wenigen Großtaten des Kabinetts Sharon) die großen Parteien in Zukunft wahrscheinlich wieder an Gewicht gewinnen, so haben sich doch durch die Rechtsorientierung der Religiösen die Koordinaten der politischen Landschaft wohl unwiderruflich verschoben – mit allen Konsequenzen für eine friedliche Konfliktlösung im Nahen Osten.**

Dieser Trend ist um so bedeutsamer, weil die Religiösen es in den letzten Jahren geschafft haben, ihren Einfluss auf Bildung und Erziehung merklich auszudehnen. So hat sich die Zahl der Schüler im ultra-orthodoxen Schulsystem im letzten Jahrzehnt fast vervierfacht: von 35.000 (1990) auf 125.000 (2001). Im gleichen Zeitraum nahm der Anteil der Schüler im staatlichen Schulsystem von 71 Prozent auf 58 Prozent ab. Die Gründe liegen nicht nur in der höheren Geburtenrate der Religiösen sondern auch in der Tatsache, dass die religiösen Schulen (und Kindergärten) billiger sind und kleinere Klassen ha-

ben als die staatlichen Schulen. Neuere Untersuchungen haben überdies ergeben, dass speziell für diesen Zweck gegründete ultra-orthodoxe Organisationen gezielt und erfolgreich säkulare Kinder für ihre Schulen werben; und dies gilt nicht nur für das bekannteste religiöse Schulnetzwerk von *Shas*, sondern auch für ashkenasische (europäische) ultra-orthodoxe Strömungen. Auf der letzten „Herzlyia-Konferenz zu Sicherheitsfragen“ im Dezember 2001, auf der sich alljährlich das politische und militärische Establishment trifft, wurden nicht ohne Grund Bildungsfragen auf die Tagesordnung gesetzt. Die dort versammelten Gralshüter des jüdisch-zionistischen Staatsgedankens mussten sich anhören, dass in wenigen Jahren die Mehrheit der israelischen Kinder „eine nicht-zionistische Erziehung“ erhalten wird – wenn nichts getan wird. Dies bezieht sich nicht nur auf die religiösen Schulen sondern auch auf das separate Bildungssystem im arabischen Sektor. Dort wurden – wegen der extrem hohen Geburtenrate – im letzten Jahr 30 Prozent aller Schulanfänger eingeschult. Beide Systeme werden ganz oder überwiegend vom Staat finanziert, ohne dass die Behörden – so ein Experte auf der Konferenz – „wissen, was diese Kinder lernen.“ Die schrumpfende Zahl der Schüler im staatlich-säkularen Schulsystem müsse die Hauptlast der nationalen Verpflichtungen auf ihren Schultern tragen: „sie stellen die überwiegende Mehrheit derjenigen, die in den Streitkräften dienen; sie sind der Motor der Wirtschaft, und sie stellen den Löwenanteil der Steuerzahler.“ Der gleiche Experte äußerte wenig Hoffnung, dass seine Warnungen beim politischen Establishment auf fruchtbaren Boden fallen; ähnliche Berichte und Empfehlungen seien seit Jahren ignoriert worden.

Gewalt + Globalisierung = Rezession?

Im Koalitionspoker der vergangenen Jahre wurden die Ansprüche der verschiedenen Interessengruppen, vor allem der für die Mehrheitsbildung unabdingbaren Religiösen, meistens durch großzügige Finanztransfers aus dem Staatssäckel befriedigt. Dies war zwar für die langfristige strukturelle Entwicklung der Staatsfinanzen und der sozialen Systeme nicht gesund, ließ sich aber aufgrund der positiven Wirtschaftsentwicklung durchaus finanzieren. Israel profitierte vom relativ optimistischen Klima der Oslo-Zeit und der weltweit positiven Wirtschaftsdaten, die insbesondere der israelischen High-Tech-Industrie einen wahren Boom bescherten, der wesentlich zum hohen Wirtschaftswachstum von 6,2 Prozent im Jahre 2000 beitrug.

Der Ausbruch der neuen *Intifada*, der weltweite Börsencrash vor allem der High-Tech-Industrie und die rezessiven Tendenzen in den mit Israel eng verbundenen amerikanischen und europäischen Ökonomien haben das Bild völlig verändert: **2001 schrumpfte die Wirtschaft erstmals seit 1953 um 0,5 Prozent; für 2002 werden bestenfalls ein bis zwei Prozent Zuwachs erwartet. Die Arbeitslosigkeit schnellte auf fast 10 Prozent hoch, die extreme Kluft zwischen arm und reich nahm zu: jeder sechste Israeli lebt heute unter der Armutsgrenze.** Betroffen sind vor allem die kinderreichen Familien im religiösen und arabischen Bevölkerungsteil – mit der Konsequenz, dass sich zum ethnisch-religiösen Konfliktpotential sozialer Sprengstoff hinzufügt. Das Ergebnis sind verschärfte Verteilungskämpfe, die in der Streikwelle des vergangenen Jahres zum Ausdruck kamen, vor allem aber die Debatte um den Staatshaushalt im Jahre 2002 zur Nagelprobe

für eine Neuorientierung der gesamten Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik werden ließen.

Eine solche Neuorientierung ist überfällig, denn **Israel wird von den auch in Europa wohlbekannten Problemen eines verkrusteten und nicht mehr finanzierbaren Wohlfahrtsstaates geplagt: eine Million Israelis ist ohne Rentenversicherung und muss im Alter mit den kärglichen Zuwendungen des *National Insurance Institute* zurecht kommen; die gesetzliche Krankenversicherung, obgleich chronisch defizitär, bietet eine immer schlechtere Gesundheitsversorgung, so dass immer mehr Bürger – die es sich leisten können – zusätzliche Versicherungen abschließen; vor allem aber haben die Kluft zwischen arm und reich und die Zahl der Armen drastisch zugenommen, obwohl sich im letzten Jahrzehnt die staatlichen Transferzahlungen (Arbeitslosenhilfe, Kindergeld, Sozialhilfe usw.) fast verdoppelt haben.** Der Versuch von Premierminister Sharon und seines Finanzministers Silvan Shalom (*Likud*), das 254,8 Milliarden Shekel-Budget (ca. 70 Mrd. Euro) um 6,15 Mrd. vor allem bei den sozialen Transferzahlungen zu kürzen, hat zu einer heftigen Auseinandersetzung innerhalb der Koalition und zu überraschenden parteiübergreifenden Konstellationen geführt. In der angesehenen linksliberalen Tageszeitung *Ha'aretz* wird dieser Versuch als „dramatischer Wendepunkt in der Wirtschafts- und Sozialpolitik der politischen Führung des Landes in den letzten zwei Jahrzehnten“ bezeichnet.

Während Religiöse, Gewerkschaften und Teile der Arbeitspartei – aber auch des *Likud* – Sturm

gegen die geplanten Kürzungen laufen, mehren sich die Stimmen derjenigen, die im existierenden System keinen Sinn und vor allem keine Gerechtigkeit mehr zu erkennen vermögen. So rechnete Justizminister Meir Sheerit (*Likud*) vor, dass bei einem Einkommen von 3500 Shekel (ca. 1000 Euro) sich Arbeit wegen der fälligen Steuerzahlungen nicht mehr lohnt. Die *Meretz*-Abgeordnete Naomi Hazan bezeichnete ein System, in dem es sich nicht lohne, wieder zu arbeiten, als „eine verzerrte Sozialpolitik, die so nicht weiter gehen kann.“ Und der Vorsitzende des Finanzausschusses der Knesset, Avraham Poraz von der rechtsliberalen *Shinui*-Partei, sagte: „Die Lösung ist nicht, immer mehr Sozialleistungen zu erbringen, sondern in Bildung und Infrastruktur zu investieren, um das Wirtschaftswachstum anzukurbeln.“

An diesem „Wendepunkt“ der israelischen Wirtschafts- und Sozialpolitik – so er denn tatsächlich eintreten wird – spielt der Gewerkschaftsverband *Histadrut* eine merkwürdige Rolle. Einerseits profilieren sich die *Histadrut* und ihr Vorsitzender Amir Peretz in den sozialen Auseinandersetzungen als soziales Gewissen der Nation, andererseits repräsentieren sie nach Meinung von Kritikern vor allem die besser verdienenden Schichten der abhängig Beschäftigten. Vor allem aber leidet die *Histadrut* unter einem Interessenkonflikt, der mit den politischen Ambitionen ihres Vorsitzenden zu tun hat. Dieser, früher langjähriger Abgeordneter der Arbeitspartei, hat vor einigen Jahren eine eigene Partei, „Ein Volk“, gegründet, die zwei Vertreter in der Knesset stellt (darunter Peretz selbst) und mit einem Minister in der Regierung Sharon vertreten ist.

Damit nicht genug: durch massiven Druck ist es Peretz gelungen, etwa 80 Prozent der Führungspositionen in der *Histadrut* mit seinen eigenen Leuten zu besetzen und die früher dominierende Arbeitspartei zu marginalisieren. Für den 5. März 2002 hat er Neuwahlen zur *Histadrut*-Führung anberaumt, um seine Position zu festigen und danach die dornigen Hinterlassenschaften jahrzehntelanger Misswirtschaft einer quasi staatlichen, über den Gewerkschaftsbereich hinaus in fast allen gesellschaftlichen Bereichen tätigen Organisation zu bereinigen. Dies ist eine geradezu gigantische Aufgabe, die mit erklärt, warum die *Histadrut* in den derzeitigen grundsätzlichen Auseinandersetzungen um eine Neuorientierung von Wirtschaft und Gesellschaft nur eine marginale Rolle spielt und sie statt dessen versucht, über tagespolitische Aktionen an Profil zu gewinnen. Nach der 1994 vom damaligen Vorsitzenden Haim Ramon verfügten Auflösung der Kopplung von Krankenversicherung und *Histadrut*-Mitgliedschaft schrumpfte die Mitgliederzahl von 1,6 Millionen auf derzeit etwa 650.000. Trotz der von Peretz eingeleiteten Sanierungsmaßnahmen belaufen sich die Schulden der Organisation immer noch auf stattliche 1,5 Milliarden Shekel, und es stehen weitere schmerzliche Einschnitte an: etwa 40 Prozent der noch 1150 Beschäftigten soll angeblich entlassen, ein Drittel der regionalen Vertretungen geschlossen werden.

Der Niedergang der *Histadrut* reflektiert nur eine Seite des seit zwei Jahrzehnten andauernden gesellschaftlichen Wandels in Israel; die andere Seite ist die schwierige Lage der Arbeitspartei, die einst in symbiotischer Eintracht mit der *Histadrut* die Geschicke von Staat und Gesellschaft fast unangefochten lenkte.

Die Arbeitspartei auf der Suche nach der verlorenen Zeit

Die *Israelische Arbeitspartei* ist nach übereinstimmender Auffassung – gerade auch ihrer eigenen führenden Vertreter – an einem Tiefpunkt ihrer ruhmreichen Geschichte angelangt. Fast ein Jahr lang war sie ohne Parteivorsitzenden, nachdem Ehud Barak aufgrund seiner verheerenden Wahlniederlage gegen Sharon am 6. Februar letzten Jahres auch von diesem Amt zurückgetreten war. Interne Querelen führten dazu, dass die Neuwahl durch die Parteimitglieder erst am 4. September stattfand und statt in der Kür eines neuen Vorsitzenden im Sumpf juristischer Anfechtungen endete. Monatlang stritten sich der vermeintliche Sieger, Knesset-Präsident Avraham Burg, und sein Konkurrent, Verteidigungsminister Benjamin Ben-Eliezer, über angebliche Wahlfälschungen in überwiegend drusischen und arabischen Wahllokalen. Eine weitgehend boykottierte Nachwahl in 41 Stimmbezirken führte am 26. Dezember zum knappen Sieg Ben-Eliezers, der vor der schwierigen Aufgabe steht, eine in der öffentlichen Meinung diskreditierte, von programmatischen und personellen Streitereien zerrissene Partei wieder zu einem ernsthaften Konkurrenten für den *Likud* zu machen, der in Meinungsumfragen mit weitem Vorsprung führt. Dafür hat er nach Ansicht seines Rivalen Burg nur ein knappes Jahr Zeit, weil dann statutengemäß eine erneute Direktwahl stattfinden muss, um dann zugleich den Herausforderer für Ministerpräsident Sharon zu küren.

Notwendig ist eine Erneuerung an Haupt und Gliedern; die Partei liegt organisatorisch brach, verfügt über kein programmatisches Profil und wird in der Öffentlichkeit hauptsächlich durch die Auseinandersetzungen zwischen dem halben

Dutzend Führungsaspiranten wahrgenommen. Kurzfristig steht als erstes die Entscheidung darüber an, ob die Partei weiter in der *Regierung der nationalen Einheit* verbleiben und den harten Kurs gegen die Palästinenser weiter mittragen soll. In dieser Frage ist die IAP zutiefst zerstritten. Ihr neuer Vorsitzender gehörte bisher zu den Stützen des Kabinetts und zu den Falken in Sachen Friedensprozess. Dennoch hat er in seiner ersten Verlautbarung nach der Wahl angekündigt, den Austritt aus der Regierung auf die Tagesordnung zu setzen – wegen der „sozialen Frage.“ Dies verweist auf die mittel- und langfristige Perspektive der Partei, die nur dann bis zu den Parlamentswahlen im November 2003 eine klare Alternative zum *Likud* bieten kann, wenn sie ihr wirtschafts- und sozialpolitisches Profil schärft. Doch auch in dieser Frage ist die Partei gespalten zwischen „Sozialliberalen“ wie Barak und Beilin, und „Traditionalisten“ wie Ben-Eliezer, Ramon und Ben-Ami. Vollkommen verwirrend wird die Lage, wenn man weiß, dass in Sicherheits- und Friedensfragen die Konstellationen noch einmal anders verlaufen: Barak und Ben-Eliezer gehören hier eher zu den „Falken“, die anderen zu den „Tauben“. Irgendwo dazwischen bewegt sich der 78-jährige Parteipatriarch und Außenminister Shimon Peres, der eine „Fraktion für sich“ darstellt, immer für eine Überraschung gut ist und von allen Seiten mit größtem Misstrauen beäugt wird.

Doch nicht genug damit: viele in der Partei halten es angesichts der israelischen Geschichte und des aktuellen blutigen Konflikts mit den Palästinensern für aussichtslos, Wahlen mit einem überwiegend innenpolitisch orientierten Programm zu gewinnen. Einen Ausweg aus diesem

Dilemma soll der Plan einer „einseitigen Trennung“ bieten, für den sein Urheber, Haim Ramon, aber kräftige Prügel sowohl von „Falken“ als auch von „Tauben“ innerhalb der Partei bezieht, obwohl nach Meinungsumfragen der Plan durchaus positiv gesehen wird. Die einen sehen darin – ähnlich wie die israelische Rechte – ein das Land gefährlich schwächendes Nachgeben gegenüber Gewalt und Terror, die anderen fürchten den endgültigen Verzicht auf eine friedliche Konfliktregelung. Doch angesichts der verfahrenen innen- wie außenpolitischen Lage könnte eine Kombination von moderner Wirtschafts- und Sozialprogrammatik und „einseitiger Trennung“ – das heißt der unmittelbaren Schaffung eines palästinensischen Staates – durchaus eine Alternative zum wenig zukunftssträchtigen „Konzept“ der israelischen Rechten bieten. Eine andere ist nicht in Sicht, und trotz ihres historischen Tiefpunkts ist ohne die *Arbeitspartei* ein Ausweg aus dem israelischen Dilemma nicht denkbar. Daran ändern auch alle Spekulationen um eine Neustrukturierung der politischen Landschaft nichts, die eine Spaltung der IAP voraussetzen würde. Die historische Aufgabe der *Arbeitspartei* besteht gegenwärtig vielmehr darin, zur alten Stärke im modernen Gewand zurückzufinden: Sicherheit und Frieden anzustreben und zugleich die längst überfällige Modernisierung von Staat und Gesellschaft in Angriff zu nehmen. Das Warten auf Godot kann sich – bei Strafe einer existentiellen Bedrohung – nicht endlos hinziehen.